

D GESCHICHTE UND LÄNDERKUNDE

DGAA Deutschland

BADEN-WÜRTTEMBERG

Regionen und Orte

Württemberg-Hohenzollern <1945 - 1952>

QUELLEN

14-2 *Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern* / Württemberg-Hohenzollern. Red.: Martin Furtwängler ; Wilma Romeis. - Stuttgart : Kohlhammer. - 24 cm. - (Kabinettsprotokolle von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern ; 3)

[#0130]

Bd. 3. Die geschäftsführende Regierung Müller: 1948 - 1949 / bearb. von Frank Raberg. Mit einer Einl. von Klaus-Jürgen Matz. - 2013. - LII, 445 S. - ISBN 978-5-17-022575-6 : EUR 39.00

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die ehemaligen Länder Baden und Württemberg zwischen der amerikanischen und der französischen Besatzungsmacht entlang der Autobahn Karlsruhe – Stuttgart – Ulm aufgeteilt. Die Amerikaner faßten ihre südwestdeutsche Besatzungszone im Land Württemberg-Baden zusammen, seitens der Franzosen wurden dagegen zwei Kleinstaaten (Süd-) Baden und Württemberg-Hohenzollern gebildet.

Die Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg bemüht sich bereits seit längerem um die Erschließung und Publikation grundlegender Dokumente zur politischen Geschichte Südwestdeutschlands im 20. Jahrhundert. In diesem Zusammenhang erfolgt z.Zt. die Edition der Kabinettsprotokolle der Länder Baden und Württemberg für die Weimarer Zeit.¹ Für die Jahre nach 1945 wurden bereits seit 1995 umfangreiche

¹ *Die Protokolle der Regierung der Republik Baden*. - Stuttgart : Kohlhammer. - 24 cm. - (Kabinettsprotokolle von Baden und Württemberg 1918 - 1933 ; 1) [#2478]. - Bd. 1. Die provisorische Regierung November 1918 - März 1919 / bearb. von Martin Furtwängler. - 2010. - XCIX, 357 S. : Ill., Kt. - ISBN 978-3-17-022055-3 : EUR 39.00. - **IFB 12-4** <http://ifb.bsz-bw.de/bsz344978184rez-1.pdf> - *Die Protokolle der Regierung des Volksstaates Württemberg*. - Stuttgart : Kohlhammer. - 24 cm. - (Kabinettsprotokolle von Baden und Württemberg 1918 - 1933 ; 2) (Eine Veröffentlichung der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg) [#3126]. - Bd. 1. Die provisorische Regierung und das Ka-

Materialien zur Entstehungsgeschichte der Verfassungen der drei südwestdeutschen Nachkriegsländer ediert,² ergänzt werden diese durch die noch immer wegweisende Verfassungsgeschichte Baden-Württembergs aus der Feder Paul Feuchtes.³

Bereits seit einigen Jahren ist nunmehr die Edition der Kabinettsprotokolle der drei südwestdeutschen Nachkriegsländer Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern angelaufen. Die Edition gliedert sich somit in drei Teile, wobei an eine Herausgabe der Protokolle zu je vier Bänden gedacht ist.⁴

Der vorliegende Band enthält nun die Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern für die insgesamt 41 planmäßigen und außerplanmäßigen Sitzungen im Zeitraum zwischen dem 26. August 1948 und dem 23. Juni 1949. Diese wurden im Auftrag der Regierung von Regierungsrat bzw. Oberregierungsrat Wolf Donndorf abgefaßt. Sie dürfen als „vergleichsweise ausführlich“ (S. VII) angesehen werden. Im Gegensatz zu den Kabinettsprotokollen des Landes Baden, die teilweise eher den Charakter von Ergebnisprotokollen besitzen, lernt der Leser hier durchaus die Positionen der einzelnen Kabinettsmitglieder kennen.

binett Bloß November 1918 - Juni 1920 / bearb. von Ansbart Baumann. - 2013. - CXVIII, 690 S. : Ill. - ISBN 978-3-17-023032-3 : EUR 66.00. - **IFB 14-1**
<http://ifb.bsz-bw.de/bsz381279510rez-2.pdf>

² **Veröffentlichungen zur Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg seit 1945** / hrsg. von Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. - Stuttgart : Kohlhammer. - 24 cm. - 1 (1983) ff. - Vgl. die Aufführung für die Bd. 12 - 18 unter <http://d-nb.info/016485688>

³ **Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg** / Paul Feuchte. - Stuttgart : Kohlhammer, 1983. - XVII, 618 S. : Ill., Kt. ; 24 cm. - (Veröffentlichungen zur Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg seit 1945 ; 1). - ISBN 3-17-008110-1.

⁴ Bisher sind außer dem hier besprochenen Band die folgenden Bände erschienen: **Die Protokolle der Regierung von Baden** / Red.: Martin Furtwängler. - Stuttgart : Kohlhammer. - 24 cm. - (Kabinettsprotokolle von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern ; 1) [#0129]. - Bd. 1. Die Landesverwaltung Baden und das Staatssekretariat Wohleb : 1945 - 1947 / bearb. von Kurt Hochstuhl. - 2006. - XCIX, 240 S. - ISBN 3-17-019225-6 : EUR 28.00. - Bd. 2. Das erste und zweite Kabinett Wohleb und die geschäftsführende Regierung Wohleb 1947 - 1949 / bearb. von Christof Strauß. - 2009. - LIV, 410 S. - ISBN 978-3-17-020511-6 : EUR 36.00. - Bd. 3. Das dritte Kabinett Wohleb 1949 - 1952 / bearb. von Kurt Hochstuhl und Christof Strauß. - ISBN 978-3-17-022576-3 : EUR 78.00. - Teilbd. 1 (2014). - LXXX, 410 S. - Teilbd. 2 (2014). - S. 411 - 931. - Eine Rezension in **IFB** ist vorgesehen. - **Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern** / Red.: Martin Furtwängler ; Wilma Romeis. - Stuttgart : Kohlhammer. - 24 cm. - (Kabinettsprotokolle von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern ; 3) [#0130]. - Bd. 1. Das Erste und Zweite Staatssekretariat Schmid : 1945 - 1947 / bearb. von Frank Raberg. - 2004. - CXXII, 546 S. - ISBN 3-17-018278-1 : EUR 48.00. - Bd. 2. Das Kabinett Bock : 1947 - 1948 / bearb. von Frank Raberg. - 2008. - CI, 494 S. - ISBN 978-3-17-019758-9 : EUR 42.00. - **IFB 11-3** <http://ifb.bsz-bw.de/bsz250830590rez-1.pdf>

Die Phase zwischen August 1948 und Juni 1949 darf freilich in staatsrechtlicher Hinsicht als durchaus außergewöhnlich angesehen werden. Auf der einen Seite war der bisherige Staatspräsident Lorenz Bock am 4. August 1948 verstorben, zwei Tage später erfolgte wegen andauernder Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Besatzungsmacht über Fragen der Demontage und Entnahme von Gütern die Demission des Kabinetts, das freilich geschäftsführend im Amt blieb. Wiederum eine Woche später, am 13. August 1949, wurde der bisherige CDU-Landesvorsitzende und Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Gebhard Müller zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Gebhard Müller stand somit als neu gewählter Staatspräsident an der Spitze eines nur noch geschäftsführenden Kabinetts, das nicht von ihm gebildet worden war. Diese durchaus verzwickte staatsrechtliche Lage war auch Gegenstand einer der ersten Kabinettsitzungen, wobei Prof. Dr. Carlo Schmid zum Schluß kam, „nach seiner Meinung sei es das entscheidende, einen praktischen Modus vivendi zu finden; er sei damit einverstanden, dass der neu gewählte Staatspräsident den Vorsitz in der zurückgetretenen Regierung führe und diese so ansehe, als sei es seine Regierung“ (S. 12). Diese Position wurde letztlich vom neu gewählten Ministerpräsidenten wie auch namens der anderen Kabinettsmitglieder geteilt, so von Kultusminister Dr. Sauer, der Müller den Rücken stärkte, indem er betonte, „dass es sich bei dem Rücktritt der Regierung nicht um einen Rücktritt im eigentlichen Sinne, sondern um eine mit Billigung des Landtags vorgenommene Protestaktion gegen die Demontage gehandelt habe“ (S. 12). Dementsprechend erklärte Müller, „er werde über die Bildung einer neuen Regierung entscheiden, sobald die Entwicklung der Demontagefrage einen solchen Schritt erlaube“ (S. 12).

Tatsächlich hatte die schwierige staatsrechtliche Situation wenig Einfluß auf die Regierungsarbeit. Müller genoß hier das Vertrauen des Kabinetts genauso wie er seitens der Besatzungsmacht als Ministerpräsident anerkannt wurde. Wenngleich letztere zunächst verlautbaren ließt, nicht an einer ordentlichen Kabinettsbildung zwingend interessiert zu sein, so drängte diese gleichwohl Müller. Jedoch zeichnete sich erst Ende April „durch die Einigung der drei Westalliierten über eine neue Demontageliste“ (S. IX) ein Ende des geschäftsführenden Kabinetts Müller ab. Am 12. Mai 1949 deutete dieser an, daß es zwar immer noch Vorbehalte gebe, er gleichwohl unter geänderten Anforderungen hinsichtlich der Demontagebegehren bereit sei, eine verfassungsmäßige Regierung zu bilden, was schließlich am 24. Juni 1949 erfolgte.

Mit Gebhard Müller hat, Klaus-Jürgen Matz arbeitet dies in seiner Einleitung heraus, ein eigener Stil im Tübinger Kabinett Einzug gehalten. Entsprechend der Nachkriegsnot, den Versorgungsproblemen und dem angespannten Verhältnis zur Besatzungsmacht war dieser notwendigerweise ernst und sachlich. Darüber hinaus darf Gebhard Müller als in jeder Form bürokratisch, durchaus im guten Sinn des Wortes, angesehen werden, kein Mann der Parteipolitik, sondern ein ruhiger sachlicher Arbeiter, ganz in der altwürttembergischen Tradition. Dementsprechend war Müller am Kabinettsstisch bereit, sich zurückzunehmen; bemerkenswerterweise wurde der Regie-

rungschef bei einigen Entscheidungen von der Kabinettsmehrheit überstimmt. Zudem war die extreme Sparsamkeit Müllers kennzeichnend für seinen politischen Stil. Matz führt hierfür zwei Beispiele an: Zwar übernahm Müller die Schirmherrschaft für die deutschen Skimeisterschaften im Februar 1949 in Isny, ohne jedoch die Veranstaltung finanziell zu unterstützen. Auch der Dispositionsfond des Ministerpräsidenten wurde bei weitem nicht ausgeschöpft.

Die größte Aufmerksamkeit erforderte jedoch das dauerhaft belastete Verhältnis zwischen Staatsregierung und Besatzungsmacht. Gerade weil die Franzosen über letztlich deutlich weniger Ressourcen als Briten und Amerikaner verfügten und ihr eigenes Land nach Jahren deutscher Besatzung ausgeblutet war, beanspruchten sie ihre Zone überaus stark. Hinzu kam, daß die Gebiete in Südbaden und Südwürttemberg ohnehin zu den strukturschwächeren gehörten. Kerngegenstand der Verhandlungen im Kabinett Müller bzw. zwischen dem Kabinett und der Besatzungsmacht bildeten dementsprechend die Besatzungskosten, die gerade im Herbst 1948 schwindelerregende Höhen erreichten. So verlangte die Militärregierung im August 1948 eine Pauschalsumme von fünf Millionen Mark, die „jetzt erstmals in der neuen Währungen anfiel“ (S. XI) und nur mit Mühe auf 4,2 Millionen Mark heruntergehandelt werden konnte. Das Thema blieb auch in den folgenden Monaten aktuell; dabei wies die Besatzungsmacht die Staatsregierung immer wieder darauf hin, die Einnahmen des Landes müßten eben durch Steuererhöhungen verbessert werden und es wurde auch der Vorschlag geäußert, man solle im Notfall Reserven der Arbeitslosenversicherung für die Besatzungskosten aufwenden. Immerhin gelang es dem Kabinett Müller mit einigem Erfolg bei der Militärregierung Sparsamkeit anzumahnen, so daß ab dem Haushaltsjahr 1948/49 die Besatzungskosten nicht mehr wie in den drei vorangegangenen Jahren 62 % des Steueraufkommens beanspruchten, sondern nur noch 23 bzw. 28 % in den Haushaltsjahren 1948/49 bzw. 1949/50 ausmachten. Im darauffolgenden Jahr gingen die Besatzungskosten schließlich in die Kompetenz bzw. Verantwortlichkeit des Bundes über.

Neben die Besatzungskosten traten weitere Demontagen und Entnahmen. Gerade der Protest hierüber hatte ja zum Rücktritt des Kabinetts geführt. Gemäß einer Demontageliste vom Oktober 1947 sollten 60 Betriebe des Landes vollständig und 10 zumindest teilweise demontiert werden. An dieser Liste hatte sich bis zum Sommer 1948 nichts geändert, erst am 21. April 1949 kam es zu einer neuen Liste, die zumindest einige Erleichterungen vorsah. Statt wie bisher sollten nicht mehr 10.900 Objekte, sondern nur noch 5640 Objekte demontiert werden. Möglicherweise hat die fortgesetzte Weigerung Müllers, eine verfassungsmäßige Regierung zu bilden, zu diesen Erleichterungen beigetragen. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß vor allem der Druck der Amerikaner „im Zusammenhang mit den gerade entstehenden Bindungen der französischen Zone an die Bi-Zone als Voraussetzung für die Gründung eines westdeutschen Staatswesens“ (S. XII) hier Wirkung zeigte.

Auch über finanz- und wirtschaftspolitische Angelegenheiten hinaus gab es Reibungsflächen zwischen Staatsregierung und Besatzungsmacht, beispielsweise wurde über den Erhalt des humanistischen Gymnasiums gestritten, dem die Franzosen distanziert gegenüberstanden, sah man doch hierin den Hort zur Ausbildung „einer chauvinistischen deutschen Traditionselite“ (S. XII). Gegen den Widerstand der Franzosen, die ein interkonfessionelles Schulwesen bevorzugt hätten, setzte die CDU schließlich in Württemberg-Hohenzollern die Rückkehr zur Konfessionsschule durch.

Zu einer Entspannung im Verhältnis zwischen Staatsregierung und Besatzungsmacht führte zuletzt auch die seit der Durchführung der Währungsreform allmählich bessere wirtschaftliche Situation – wobei freilich nicht übersehen werden darf, daß auch diese anfänglich eine Reihe sozialer Probleme aufwarf.

Die zehnmonatige Amtszeit des geschäftsführenden Kabinetts Müller ist zuletzt geprägt durch zwei Entwicklungen, die Klaus-Jürgen Matz in seiner Einleitung entsprechend würdigt und somit wichtige Hinweise auf die Arbeit mit der Edition liefert. Auf der einen Seite steht das Bestreben der Westalliierten einen, freilich auf das von ihnen besetzte Gebiet begrenzten, deutschen Bundesstaat zu gründen. Damit war der Weg zum Grundgesetz und zur Gründung der Bundesrepublik eingeschlagen. Auf der anderen Seite begannen 1948 die „zunächst sehr aussichtsreichen Verhandlungen über die Gründung eines südwestdeutschen Landes, in dem die drei von Amerikanern und Franzosen geschaffenen Nachkriegsländer aufgehen sollten“ (S. X).

Neben diese Zentralthemen traten im Rahmen der Kabinettsverhandlungen noch eine ganze Reihe anderer Fragen, die in unterschiedlicher Form und in unterschiedlichem Zusammenhang immer wieder aufgegriffen wurden. Hierzu gehörten Probleme bei der Versorgungslage, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit (politische Säuberung und Spruchkammerverfahren) sowie die Frage der Bodenreform.

Schließlich weist Matz noch auf zwei Themen hin, die ihm für das Selbstverständnis des Landes typisch erschienen: Die massive Ablehnung der Einführung des Glücksspiels. Die Stadt Freudenstadt hatte, um den Aufbau zu finanzieren und den Tourismus anzukurbeln, den Antrag gestellt, eine Spielbank einrichten zu dürfen und war dabei auf den massiven Widerstand Müllers gestoßen. Im Gegenzug setzte die Regierung jedoch eine andere württembergische Tradition, die der amtlichen Kreisbeschreibung, fort.

Neben dem Vorwort von Klaus-Jürgen Matz enthält der Band noch eine Ministerliste des Kabinetts Müller sowie biobibliographische Angaben zu den einzelnen Kabinettsmitgliedern – sofern diese nicht bereits in den beiden ersten Bänden der Edition zu finden sind.

Zuletzt wird die Arbeit mit der Edition durch ein umfangreiches Literaturverzeichnis sowie drei Register (Ortsregister, Schlagwortregister wie Personenregister) erleichtert.

Ohne Zweifel sind die **Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern** eine wichtige Quelle, mit deren Hilfe weiterführende Studien zur südwestdeutschen Zeit- und Landesgeschichte angestoßen werden. In

diesem Sinne werden sich alle Interessierten über die Fortsetzung der Reihe freuen.

Michael Kitzing

QUELLE

Informationsmittel (IFB) : digitales Rezensionsorgan für Bibliothek und Wissenschaft

<http://ifb.bsz-bw.de/>

<http://ifb.bsz-bw.de/bsz114779600rez-1.pdf>